

Katerstimmung und Katzenjammer

Es passiert: nichts. Ängste in der DDR, schmale Willkommenskultur im Westen

fh. – „Nach neun Jahren bin ich wieder in meiner alten Heimat – zum ersten Male ohne Aufenthaltsgenehmigung, ohne Zwangsumtausch, ohne das große totalitäre Grenztheater von Weltniveau“. Die Journalistin Christine Brinck scheint voller Freude durchzuatmen in diesen Wintertagen bei einer Reise, die sie von Lübeck über Wismar und Rostock schließlich bis ins heimische Greifswald führt. Doch ihr „Brief aus Mecklenburg“, den die *Süddeutsche Zeitung* am zweiten Januarwochenende in der Feuilletonbeilage bringt (13./14.1.1990) zeichnet ein Bild der Widersprüche, der Unentschlossenheit und der Unwägbarkeiten vom alltäglichen Leben in der nördlichen DDR. Da es sich zu vielen Medienberichten aus diesen Tagen fügt, bleiben wir noch einen Moment mit Frau Brinck auf ihrer Nordlandreise. Über die „selbstgemachten Schilder vom Wegesrand“, auf denen die Bundesbürger mit „Herzlich willkommen im Lande Mecklenburg“ begrüßt werden, kann sie sich noch freuen – vielleicht gerade, weil es das alte Land im politischen Sinne noch gar nicht wieder gibt. Ausnahmsweise sind die Mecklenburger also mal ihrer Zeit voraus.

Die „unermüdlich jedem West-Auto“ zuwinkenden Zehn- oder Zwölfjährigen „entlang der schon dunklen Straße“ machen noch ein wenig schmunzeln, deuten aber schon auf Ödnis und Tristesse einer Gegend hin, wo ein Wagen aus dem Westen bereits Anlass für so viel Aufmerksamkeit geben kann. Dann aber, nach langer Fahrt über „die holprige Straße“, findet sich „kein Gasthaus, nicht einmal eine Würstchenbude“. Kurz, es präsentiert sich hier im Norden „die neue DDR eher wie die alte - und ganz anders als in den westdeutschen Medien“. Vor allem glaubten die Menschen nicht an den Sieg der Revolution, glaubten eher daran, „daß die SED siegen wird. Wir wissen ja auch gar nicht, was wir wählen sollen.“ So urteilt im Gespräch mit der West-Journalistin jedenfalls eine „nachdenkliche und gebildete“ Lehrerin. Geändert habe sich nicht viel: „Die Spitzel und SED-Mitglieder sind alle noch in ihren Positionen, auch in den Betrieben.“ Zwar werde seit Weihnachten nicht mehr abgehört. „Aber das kommt wieder“, unkt die Lehrerin. Von der Bundesrepublik verspricht man sich nichts: „Wir haben Angst, daß wir ein billiges Anhängsel wie Thailand werden“.

Angst – das ist das Stichwort, das uns ganz häufig begegnet in diesen Tagen. Sie macht sich fest an der Sorge vor Rechtsradikalismus, vor der Rückkehr der SED an die Macht, die sie noch gar nicht losgelassen hat, „Angst vor einer neuen Wirtschaftspolitik“ (Leserbrief, ND 10.1.1990). In einem Leserbrief an die SZ äußert ein Bürger aus Dessau seine Sorge vor Westprodukten auf dem DDR-Markt: „Wenn diese Waren in die hiesigen HO-Läden kommen, müssen wir dafür Horrorpreise bezahlen [...], für eine Rolle westliche Kekse zehn Mark oder für eine Tüte Bonbon bis zu zwölf Mark“ (SZ 13./14.1.1990). Eine „Währungsunion“ sei unverzichtbar. Die Regierung trägt zur Unsicherheit bei: Mit Wirkung vom 15. Januar, so wird nur zwei Tage zuvor bekannt gegeben, werden „neue höhere Verbraucherpreise für Kinderbekleidung und Straßenschuhe für Kinder In Kraft“ gesetzt (ND 13.1.1990). Auch die Subventionen für Schnittblumen und Pflanzen werden gestrichen. Einen Tag zuvor hatte ein Kommentar in der BZ (12.1.1990) noch gemutmaßt, dass man sich „in diesem Jahr [...] auf umfängliche Änderungen bei den Verbraucherpreisen einstellen“ müsse und dabei neben Kinderkleidung auch „Nahrungs- und Lebensmittel, [...] Gaststättenpreise[...], Konfektion, Baustoffe, Nahverkehrstarife und Mieten“ genannt. Auf die plötzliche Preisanpassung wird mit einem „Run auf Kinderkleidung“ reagiert: „Der Ständer mit den kleinen Jeans-Winterjacken ist leer. Daneben baumelt einsam ein roter Kinderanorak. Der Kampf um die heißbegehrte Ware ist zu Ende. Tausende von DDR-Bürgern haben sich am Samstagvormittag in die Kaufhäuser gestürzt“ (SZ 15.1.1990).

Neben die wirtschaftliche Unsicherheit tritt die politische Ungewissheit. Runder Tisch und Bürgerrechtler einerseits, das SED-dominierte Modrow-Kabinett andererseits liegen zu Anfang des

Jahres völlig quer: Man streitet über das Wahlgesetz, vor allem aber über Modrows Taktieren mit der Stasi-Nachfolge, dem Amt für Nationale Sicherheit. Hier bleibt der Runde Tisch hart und verlangt einen ungeschönten Bericht (SZ 9.1.1990). Bei den Montagsdemonstrationen ist die Wut auf die SED-Kader so groß, dass die „Stimmung in Leipzig [...] spürbar gereizt“ erscheint (SZ 10.1.1990). Auch die Evangelische Kirche klagt, die „Herrschaftsstruktur der SED [sei] ungebrochen“ (SZ 9.1.1990). Die *Neue Zeit* bringt dazu ein Beispiel: Zum Empfang aus Anlass des Besuchs von Bundesbildungsminister Möllemann seien nur ND und BZ geladen gewesen, sehr passend zur zeit-gleichen „Menschenkette gegen das Medienmonopol der SED“ am Palast der Republik (15.1.1990).

Und so gehen die Menschen weiter in den Westen. Am 4./5. Januar sei ein plötzliches Ansteigen auf 800 Übersiedler binnen zweier Tagen registriert worden, dann sei die Kurve wieder abgeflacht, beruhigt der bayrische Grenzschutz noch (SZ 9.1.1990). Doch schon zwei Tage später werden 1000 Übersiedler täglich gezählt (ND 11.1.1990). Sogar Bundeskanzler Kohl fürchtet, dass dieser „Aderlaß“ die DDR-Wirtschaft bedrohe (BZ 11.1.1990). Während die westdeutschen Bundesländer im Wettbewerb ihre Hilfsleistungen für die DDR-Bürger herunterfahren (SZ 10.1. und 13./14.1.1990), kommentieren die Wirtschaftsexperten die aktuellen deutsch-deutschen Verhandlungen ironisch bis skeptisch: „Nach den deutsch-deutschen Festwochen macht sich Katerstimmung breit“, meint das *Handelsblatt* zum zögerlichen Bonner Taktieren angesichts der Ost-Berliner Hoffnungen auf Unterstützung, während die SZ von deutschlandpolitischem „Katzenjammer“ spricht (10.1.1990). In der Ost-Berliner Presse wird dies auf den Alltag bezogen: „Es wird kälter in diesen Tagen“, so ein Pfarrer in einem Kommentar der *Berliner Zeitung*: „Enttäuschung macht sich breit nach den Erwartungen, den großen Hoffnungen des November. [...] Aber alltäglich in Betrieben, Schulen und Ämtern erleben wir, daß dieselben Leute so reagieren, wie sie immer reagierten. Es ändert sich nichts mehr, wer früher Macht ausübte, tut es immer noch“. Auch für den Geistlichen ist die wieder stark ansteigende Übersiedlung in den Westen ein Alarmsignal (BZ 13.1.1990). Und dabei ist die Begeisterung für die ostdeutschen Neubürger im Westen ganz in den Keller gesunken.

Besonders dramatisch ist die Wohnungssituation in den großen Städten, wo der Unterbringungsdruck der Aus- und Übersiedler sich durch steigende Mieten und Verdrängung der Obdachlosen aus den Notunterkünften auswirkt. In Hamburg erfroren gleich bei ersten Nachtfrösten zwei Stadtstreicher. Hier, wie auch in Bremen, versuchten etliche „Glücksritter“ den Verwaltungen schrottreife Wohnschiffe als Notunterkünfte anzudienen, wie *Der Spiegel* ausfindig machte (8.1.1990). Mitarbeiter der Bezirksämter ziehen wie Detektive durch die Wohnviertel, um Leerstände auszumachen: „Baufachmann Norbert Schmidt [...] sieht in Mülleimer, späht in fremde Fenster und achtet darauf, ob in den Treppenhäusern Fußmatten ausliegen.“ Und öffnet „mitunter den Briefkastenschlitz einer Wohnungstür [...], um die Wärme der durchziehenden Luft zu prüfen. ‚Wo im Winter nicht geheizt ist‘, sagt Schmidt, ‚da bin ich mißtrauisch.““ Und baut die Behörde einmal eine Behelfseinrichtung neu, gibt es Protest: „Anwohner im Hamburger Villen-Vorort Poppenbüttel demonstrieren lautstark gegen eine Containersiedlung für Übersiedler in ihrer Nachbarschaft: Die Hausbesitzer fürchteten ‚einen bedeutenden Wertverlust‘ ihrer Eigenheime.“ Dabei hat der Senat sogar schon sein schickes Gästehaus, „eine feudale Villa mit Alsterblick“, in der einst Königin Elisabeth II. nächtigte, ins Visier genommen; 25 Übersiedler könnte man unterbringen. Doch zuerst werden Hochbunker genutzt: Freilich befand die zuständige Verwaltungschefin: „So’n Ding sieht einfach schaurig aus“ und die Pritschen „sind gerade 1,70 Meter lang und 60 Zentimeter breit“. Auch mit Duschen und Toiletten sieht es nicht zum Besten aus. Indes wurde, wie *Der Spiegel* aufspießt, „wie zum Hohn [...] auf eine Werbefläche an der Außenwand vor kurzem ein Plakat geklebt. Motiv: lachende DDR-Bürger; Slogan: ‚Offene Grenzen, offene Herzen – Willkommen bei uns.““ Willkommenskultur 1990!

Quellen:

<http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse>; Süddeutsche Zeitung (RUB-Mikrofilm);

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/index-1989.html>.